



# Newsletter

## Time to talk Klimawandel und Katastrophenvorsorge

### Zusammenbringen, was zusammen gehört

#### Inhalt

- **Thema des Monats:  
Klimawandel und  
Katastrophenvorsorge** ..... 1
- "Meldungen".....3
- "Veranstaltungen" .....7
- "DKKV Intern".....8

Der Umgang mit dem Klimawandel und seinen Folgen sowie den damit verbundenen Risiken für die Bevölkerung ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Während unwetterbedingte Katastrophen nicht unbedingt mit dem Klimawandel zu tun haben müssen (und die Vorsorge bei Katastrophen wie etwa Erdbeben vom Klimawandel unberührt bleibt), so häufen sich doch in den Medien Berichte über Hochwasser und Sturzfluten, über sogenannte Jahrhunderthochwasser oder Jahrhundertsommer. Auch in 2016 beschäftigen uns die Starkregenfälle der letzten Wochen. Als Folge der Klimaerwärmung wird für die kommenden Jahre eine Zunahme in Häufigkeit und Intensität von extremen meteorologischen Ereignissen erwartet. Das erfordert die ständige Weiterentwicklung und Umsetzung effektiver Maßnahmen zur Risikoreduzierung.

Die Europäische Umweltagentur EEA warnt, dass ein sich änderndes Klima Auswirkungen auf beinahe alle Aspekte unseres Lebens hat: *"Die stärkere Intensität und Häufigkeit von Regenfällen werden in vielen Teilen Europas zu häufigen und schwerwiegenden Überschwemmungen, der Zerstörung von Häusern und der Beschädigung anderer Infrastruktur (z.B. von Transport- und Energiesystemen) in den Risikoregionen führen. Im übrigen Europa, einschließlich Südeuropa, bedeuten höhere Temperaturen und geringere Regenfälle, dass viele Gebiete von Dürreperioden bedroht werden."*<sup>1</sup>

Um als Gesellschaft unter diesen Bedingungen gedeihen zu können und im Katastrophenfall gut vorbereitet zu sein, müssen geeignete Anpassungsstrategien entwickelt und umgesetzt werden. Dies erfordert Zusammenarbeit zwischen politischen Entscheidungsträger\*innen, Expert\*innen aus der Wissenschaft, Katastrophenvorsorge und -management, Hilfsorganisationen und Zivilbevölkerung.

<sup>1</sup> EEA, Signale 2015 - Leben mit dem Klimawandel.pdf, URL: [www.eea.europa.eu/de/publications/eua-signale-2015-leben-mit/at\\_download/file](http://www.eea.europa.eu/de/publications/eua-signale-2015-leben-mit/at_download/file)

# Klimawandel- anpassung auf einen Blick

## DEUTSCHLAND

Viele Länder haben Online-Plattformen mit Informationen zu Klimawandelanpassung erstellt, um Erfahrungen und bewährte Methoden auszutauschen.

In Deutschland ist dies der KomPass des UBA:

[www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung#](http://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimafolgen-anpassung#)

## EUROPA

Das Portal Climate-ADAPT, das von der Europäischen Umweltagentur und der Europäischen Kommission bereit gestellt wird, bietet eine europäische Plattform für den Austausch solcher Erfahrungen:

[climate-adapt.eea.europa.eu/](http://climate-adapt.eea.europa.eu/)

DKKV hat bereits in 2013 zusammen mit Partnern des European Forum for Disaster Risk Reduction (EFDRR) die Frage gestellt:

“How does Europe link DRR and CCA?”

Das Arbeitspapier hierzu finden Sie online unter: <https://www.unisdr.org/we/inform/publications/35277>

Auch die Aufklärung der Bevölkerung über die Folgen des Klimawandel und die sich daraus ergebenden Risiken ist essentiell. Effektive Kommunikation sowie Informations- und Anlaufstellen stärken das Risikobewusstsein und tragen so zur Selbsthilfe bei. Einige Angebote, z.B. zur rechtzeitigen Warnung vor Extremwetterereignissen, die auf spezifische Bedürfnisse zugeschnitten sind, haben wir bereits in der letzten Sonderausgabe des DKKV Newsletters vorgestellt. Die aktuelle Verbesserung der Unwetterwarnungen des DWD (siehe Meldungen) wird einen weiteren Beitrag dazu leisten.

Doch nicht nur die Bevölkerung muss sich auf die veränderte Lage einstellen, auch in der Katastrophenvorsorge muss zunehmend interdisziplinär zusammengearbeitet werden. In Deutschland kooperieren viele relevante Akteure bereits aktiv, um die Folgen des Klimawandels in die Praxis des Bevölkerungsschutzes zu integrieren<sup>2</sup>. Obwohl die möglichen Synergien zwischen Klimawandelanpassung, Katastrophenvorsorge und nachhaltiger Entwicklung bereits vor Jahren erkannt wurden, gibt es nach wie vor viele Lücken in der Zusammenarbeit:

Dies gilt sowohl für die Wissenschaft, für die die unterschiedlichen Zeit- und Raumskalen der Prozesse, Handlungen und Wirkungen eine besondere Herausforderung darstellen, als auch für den operativen Bereich, der oftmals an nationale Grenzen gebunden ist, während die Problematiken grenzüberschreitend sind. Auch auf der Politikebene verfolgen unterschiedliche Ressorts, Ministerien und Nationalstaaten häufig unterschiedliche politische Ziele.

Das DKKV wird als Partner in dem von der EU geförderten Projekt “Enhancing Synergies for disaster PREvention in the EurOpean Union” (ESPREsSO) mit da-

<sup>2</sup> In der Arbeitsgruppe „Klimawandel und Anpassung im Katastrophenschutz“ haben sich bundesweit aktive Hilfsorganisationen, die freiwilligen und Berufsfeuerwehren, das THW und das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) zusammengeschlossen. BBK, Umweltbundesamt, Deutscher Wetterdienst, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung und THW arbeiten im Rahmen einer strategischen Behördenallianz ebenfalls bereits aktiv zusammen.

ran arbeiten, die Kooperation zwischen europäischen Ländern im Themenfeld Klimawandel und Katastrophenvorsorge voranzutreiben. DKKV wird hier vor allem Stakeholder zusammenbringen und die nationalen Plattformen in das Projekt einbinden. Außerdem werden wir ein Synthesepapier erstellen, das einen Überblick zur Katastrophenvorsorge und Rechtslage in Deutschland verschafft, um die Situation hierzulande mit anderen europäischen Ländern vergleichen und so mögliche Verbesserungen in der Kooperation identifizieren zu können. In einem nächsten Schritt wird das Projekt den Status Quo für die europäische und internationale Ebene untersuchen und Vorschläge für eine verbesserte Kooperation in der EU, zwischen Wissenschaft, Praxis und Politik sowie zwischen Klimawandel und Katastrophenvorsorge unterbreiten. Denn: Es ist “Time to talk”! Wir freuen uns darauf, diesen Dialog aktiv mitzugestalten.

Quellen: UBA, EEA



Nach Schätzungen der Vereinten Nationen werden in 2016 125 Millionen Menschen Hilfsleistungen benötigen, um zu überleben. Im vergangenen Jahr waren mehr Menschen gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, als jemals zuvor seit Ende des 2. Weltkriegs. Darunter 19.2 Millionen als Folge einer Naturkatastrophe.

**Traurige Rekordzahlen**

## World Humanitarian Summit: Klimawandel und Katastrophenvorsorge müssen Hand in Hand gehen

23. Mai 2016, Tag 1 des World Humanitarian Summit in Istanbul: Dr. Robert Glasser, Sonderbeauftragter des Generalsekretärs für die Verringerung des Katastrophenrisikos und Vorsitzender des UN Office for Disaster Risk Reduction (UNISDR), warnt, dass alle Bemühungen der Risikoreduzierung ins Leere laufen können, wenn Treibhausgasemissionen nicht drastisch reduziert werden.

Der weltweit erste Humanitäre Weltgipfel fand auf direkte Einladung des UN-Generalsekretärs Ban Ki-moon statt und hatte zum Ziel, innovative Wege zu finden, um die humanitären Bedürfnisse in einer sich schnell verändernden Welt zu bewältigen. Pressevertretern sagte Herr Glasser auf dem Gipfel, dass zu den Konsequenzen des men-

schengemachten Treibhausgas-effektes Krankheiten, Sturmfluten und Dürren gehören werden, die wiederum zu Konflikten in der Welt führen können.

Auf die Frage, was getan werden kann, um das Ausmaß humanitärer Bedarfe zu reduzieren, antwortete Glasser, dass Regierungen sich auf drei wesentliche Punkte konzentrieren sollten:

1. Zunächst müssen Regierungen eine genaue Vorstellung davon haben, was für Schäden in ihren Ländern im Katastrophenfall entstehen. Dafür benötigen sie Datenbanken zu Schadensdaten, die dabei helfen, in resiliente Infrastrukturen zu investieren.

2. Die Vergangenheit allein ist als Leitbild für eine Zukunftsplanung nicht ausreichend. Angesichts globaler Entwicklungen, die vielen der heutigen

Risiken zugrunde liegen - darunter der Klimawandel, Bevölkerungswachstum und urbaner Wandel - benötigen wir realistische Schätzungen von Katastrophenschäden in der Zukunft.

3. Sowohl der öffentliche als auch der Privatsektor müssen solche Informationen in ihre Planungen miteinbeziehen, d.h. etwa: keine Krankenhäuser ins Hochwassergebiet. Katastrophenrisiken müssen elementarer Bestandteil von ökonomischer Planung werden.

Die Umsetzung des Sendai Frameworks würde erheblich dazu beitragen. Herr Glasser forderte daher Regierungen dazu auf, sich klar zu den Sendai-Zielen zu bekennen und bis 2020 Pläne zur Umsetzung des Sendai Rahmenwerkes zu erstellen.

Mehr Informationen zu den Ergebnissen des World Humanitarian Summit unter: [www.worldhumanitariansummit.org](http://www.worldhumanitariansummit.org)

### “ Robert Glasser at the WHS

I am 100% sure that all our efforts to reduce disaster risk will be overwhelmed if we do not make serious progress on reducing greenhouse gas emissions.



### Hochwasser und Sturzfluten

#### Rück- und Ausblick

An dieser Stelle möchten wir Sie auf zwei aktuell erschienene Publikationen zum Hochwasser in Deutschland im Jahr 2013 hinweisen:

Thieken, A. H., T. Bessel, S. Kienzler, H. Kreibich, M. Müller, S. Pisi, K. Schröter (2016): The flood of June 2013 in Germany: how much do we know about its impacts? – Nat. Hazards Earth Syst. Sci. 16, 1519-1540; doi:10.5194/nhess-16-1519-2016.

Der Artikel thematisiert, welche Daten in Deutschland vorhanden sind, um die Auswirkungen des Hochwassers 2013 zu untersuchen, welche Informationen daraus gewonnen werden können und wie gut Daten und Informationen die Anforderungen an Schadensdaten erfüllen, die in den vergangenen Monaten auf europäischer und internationaler Ebene formuliert wurden. In Übereinstimmung mit der europäischen Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie werden Auswirkungen auf menschliche Gesundheit, wirtschaftliche Aktivitäten (und Werte), Kulturgüter und die Umwelt untersucht. Obwohl eine Fülle von Informationen zusammengetragen werden konnte, zeigt sich, dass die Anstrengungen, Schäden durch Naturgefahren zu erfassen und bereitzustellen, erhöht werden müssen, um z.B. Fortschritte zum Sendai-Rahmenwerk beurteilen zu wollen.

Mehr Informationen und die Publikation zum Download finden Sie unter:

<http://www.nat-hazards-earth-syst-sci.net/16/1519/2016/>

Thieken, A. H., S. Kienzler, H. Kreibich, C. Kuhlicke, M. Kunz, B. Mühr, M. Müller, A. Otto, T. Petrow, S. Pisi, and K. Schröter (2016): Review of the flood risk management system in Germany after the major flood in 2013. Ecology and Society 21(2):51. <http://dx.doi.org/10.5751/ES-08547-210251>

Dieser Artikel fasst die wichtigsten Erkenntnisse des BMBF-Projektes "Untersuchungen zur Bewältigung des Hochwassers im Juni 2013" für ein internationales Publikum zusammen. Für verschiedene Bereiche des Hochwasserrisikomanagements werden die Entwicklungen seit 2002 und die Wirksamkeit im Juni 2013 aufgezeigt. Abschließend werden Empfehlungen zur weiteren Verbesserungen des Risikomanagements gegeben.

Mehr Informationen und die Publikation zum Download finden Sie unter:

<http://www.ecologyandsociety.org/vol21/iss2/art51/>

### Verbessertes Hochwassergesetz: Erster Entwurf vorgelegt

Wie die Fachgemeinschaft Hydrologische Wissenschaften (FGHW) meldet, wird 2016 als ein Ergebnis des Hochwassers 2013 durch die Bundesregierung ein neues (Artikel-)Gesetz zur Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes und zur Vereinfachung von Verfahren des Hochwasserschutzes vorbereitet. Aus dem der DWA zur Stellungnahme vorliegenden Referentenentwurf lassen sich der FGHW zufolge wesentliche Änderungen ableiten:

Für den Bau von Hochwasserschutzanlagen sollen die Möglichkeiten beschleunigter Planungs- und Genehmigungsverfahren ausgeschöpft und damit der bauliche Hochwasserschutz insgesamt beschleunigt werden.

Bundesweit soll die Kategorie der „Überschwemmungsgefährdeten Gebiete“ eingeführt werden. Diese Flächen werden überschwemmt, wenn Hochwasserschutzanlagen versagen, die vor einem Hochwasser schützen sollen, wie es statistisch einmal in 100 Jahren oder seltener zu erwarten ist und in denen durch Überschwemmungen eine Gefährdung von Leben oder Gesundheit oder erhebliche Sachschäden zu erwarten sind. Für derartige Gebiete sind besondere, hochwasserangepasste Bauvorschriften vorgesehen.

Dem Beispiel des Freistaates Sachsen folgend, sollen außerdem bundesweit „Hochwasserentstehungsgebiete“ festgesetzt werden. Diese bezeichnen Gebiete, v.a. in den Mittelgebirgs-

und Hügellandschaften, in denen bei Starkniederschlägen oder Schneeschmelze in kurzer Zeit starke oberirdische Abflüsse eintreten können, die zu Hochwassergefahr in den oberirdischen Gewässern und damit zu einer erheblichen Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung führen können. Für festgesetzte Hochwasserentstehungsgebiete können besondere Genehmigungen für Flächenversiegelungen oder Landnutzungsänderungen erforderlich werden.

Für erste Stellungnahmen und weitere Informationen besuchen Sie:

<http://www.fghw.de/allgemein/2016/07/04/entwurf-zum-neuen-hochwasserschutzgesetz>

## Die Sturzflut von Braunsbach

### Wissenschaftler\*innen der Uni Potsdam untersuchen das Ereignis, seine Ursachen und Auswirkungen

Verheerende Naturereignisse mit großen Schäden sowie Toten und Verletzten bewegen regelmäßig die Öffentlichkeit in aller Welt. Sie stehen auch im Fokus der Wissenschaft. An der Universität Potsdam forschen mehrere Teams zu Naturgefahren. Eines davon ist das 2015 gegründete und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderte Graduiertenkolleg „NatRiskChange“ - „Natural Hazards and Risks in a Changing World“. Anfang Juni waren einige der ihm angehörenden Promovierenden in Braunsbach (Baden-Württemberg) und Umgebung unterwegs, um wichtige Daten und Eindrücke zu sammeln. Hier – und in anderen Regionen Deutschlands – hatte es wenige Tage zuvor heftige Starkniederschläge gegeben, in deren Folge zahlreiche Häuser, Straßen und landwirtschaftlich genutzte Flächen beschädigt oder zerstört wurden. Auf Basis der Erhebungen, die die sogenannte Task Force „Flash Floods“ (Sturzflutereignisse) durchführte, hat Kolleg-Sprecher Prof. Dr. Axel Bronstert nun ein Papier vorgelegt, das wesentliche fachliche Aspekte von Sturzflutereignissen zusammenfasst. Der Hydrologe betont darin die komplexe Rolle unterschiedlicher, natürlicher und vom Menschen verursachter Faktoren bei der Entstehung solcher Extremereignisse. Im Gebiet Braunsbachs seien beispielsweise zeitweise Starkregen mit einer Intensität aufgetreten, wie es sie nach bisherigen Erfahrungen nur mit einer Wahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent pro Jahr gibt.

Die Wissenschaft unterscheidet zwischen sogenannten Sturzflutereignissen (wie in Braunsbach) und Hochwassern in größeren Flüssen. Sturzfluten werden durch hochintensive, kleinräumige Regen ausgelöst und durch Böden, die nur geringe Wassermengen aufnehmen können, verstärkt. Auffallend ist: Von Sturzfluten geht eine besondere Gefahr aus. Denn sie sind wesentlich geprägt durch eine geringe Vorwarnzeit und hohe Fließgeschwindigkeiten. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Graduiertenkollegs bearbeiten gegenwärtig zeitlich hochaufgelöste Radardaten der örtlichen und kurzzeitigen Niederschlagsintensitäten.

Die hohen Niederschlagsintensitäten und Abflussraten haben enorme Bodenerosionsprozesse verursacht. Über zwei Stunden lang wurde mit über 50 Millimeter der in der Wissenschaft genannte Wert einer erosionsverursachenden Niederschlagsintensität von 20 Millimeter pro Stunde überschritten.

Die Task Force ermittelte auch Überschwemmungshöhen. Sie liegen im Ort zwischen 50 Zentimetern und drei Metern. Darüber hinaus wurden mittels Fragebögen Erhebungen von äußerlich erkennbaren Gebäudeschäden vorgenommen.

Eine seriöse Beantwortung der Frage, wie groß die Folgen der Eingriffe des Menschen in die Umwelt oder das Klimasystem für derartige Hochwasserereignisse sind, sei nicht möglich, betont Axel Bronstert in seinem Papier. Es interessiere weniger die Frage, ob menschliche Eingriffe Auswirkungen haben. Das sei weitgehend sicher. Vielmehr gehe es darum, wie groß diese seien. Die in Braunsbach stattgefundenen meteorologischen, hydrologischen, hydraulischen und geomorphologischen Prozesse ließen sich jedoch in ihrer Gesamtheit kaum so modellieren, dass verlässliche quantitative Aussagen zum Ausmaß der Folgen menschlicher Eingriffe möglich sind.

Der Wissenschaftler weist zudem darauf hin, dass es bei Sturzfluten – ähnlich wie bei anderen Naturgefahren – keinen vollständigen Schutz geben könne. Ziel müsse es aber sein, mit solchen Ereignissen künftig besser umgehen zu können. Er schlägt vor, den Aufbau von operationellen Systemen zur Nutzung von Radarinformationen, in Kombination mit Regenmessungen vor Ort in Echtzeit, zu prüfen und diese Informationen zur Kurzfristprognose zu nutzen. Wichtig sei es, mögliche Engstellen bei Hochwasserabflüssen an Gewässern und in gefährdeten Einzugsgebieten zu identifizieren und zu beseitigen. Dazu gehöre, vorhandene Brücken und Straßendurchlässe entsprechend in Augenschein zu nehmen.

„NatRiskChange“ wurde im Oktober 2015 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der Universität Potsdam eingerichtet. Dem Graduiertenkolleg gehören rund 15 Doktorandinnen und Doktoranden an. Ihnen stehen 19 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus der Universität Potsdam, der Freien Universität Berlin, dem Deutschen Geoforschungszentrum sowie dem Potsdamer Institut für Klimafolgenforschung, die ihre Arbeiten auf den Gebieten der Geomorphologie, Seismologie, Mathematik, Hydrologie und Meteorologie betreuen. Die Finanzierung läuft zunächst viereinhalb Jahre. Integriert ist ein Qualifizierungsprogramm, das aus Vorlesungen, Seminaren sowie sogenannten Task-Force-Übungen besteht.

Mehr Infos hier und der volle Bericht: [Uni Potsdam](#)

### Die Perspektive der Helfenden: Umfrage zu Hilfe und Wiederaufbau nach Extremereignissen

Die Technische Hochschule Köln führt derzeit eine großangelegte Onlinebefragung durch, mit der herausgefunden werden soll, inwieweit verschiedene Formen der Hilfe nach Katastrophen für die Helferinnen und Helfer zufriedenstellend war. Katastrophen wie der Tsunami im Indischen Ozean 2004, das Erdbeben in Haiti 2010 und viele andere Naturgefahren wie Zyklone oder Hochwasserereignisse erregen welt-

weit mediale Aufmerksamkeit und ziehen internationale wie nationale Hilfsleistungen für die Betroffenen nach sich. Sowohl die Form der Hilfe als auch die Spezialisierung der Helfenden kann sehr unterschiedlich gestaltet sein: von Such- und Rettungsteams über Expert\*innen, die von außerhalb die Logistik der Einsätze planen, Consultants verschiedener NGOs, Akteure der Regierung und der Privatwirtschaft - all diese Gruppen sind Teil der Nothilfe und des Wiederaufbaus nach Naturkatastrophen. Die Umfrage von Alexander Fekete, Professor für Risiko-

und Krisenmanagement an der TH Köln, widmet sich vor allem der Perspektive der Helfenden. Natürlich verläuft die Befragung anonym, und die Daten werden mit Sorgfalt behandelt. Ergebnisse werden auf der Website sowie in einem wissenschaftlichen Journal veröffentlicht. Die Befragung läuft noch bis zum 18. Juli, um daran teilzunehmen, nutzen Sie den folgenden Link: <https://jessica390.typeform.com/to/Yi7FIC> Fragen können Sie jederzeit an [christiane.grinda@th-koeln.de](mailto:christiane.grinda@th-koeln.de) richten.

Helferinnen und Helfer gefragt!

### DWD meldet verbessertes Warnsystem

#### Wetterwarnungen statt für 400 Landkreise jetzt für 10 000 Gemeinden

Der nationale Wetterdienst hat die Qualität seiner Warnungen erneut deutlich verbessert. „Der Deutsche Wetterdienst wird ab sofort statt der 400 Landkreise die rund 10 000 Gemeinden in Deutschland vor Wettergefahren warnen“, erklärt Prof.

Dr. Gerhard Adrian, Präsident des DWD, bei einer Pressekonferenz am 14. Juli in Berlin. Die ortsgenauen Warnungen sind im Internet unter verfügbar. Ab August werden sie auch den zurzeit 2,7 Millionen Nutzern der Warn-Wetter-App

des DWD angeboten. Adrian: „Mit den neuen Gemeindevarnungen setzt das Warnsystem des DWD Maßstäbe. Wir sind damit auf dem Stand des technisch-wissenschaftlich Möglichen - auch im internationalen Vergleich.“

### #PeaceLab2016 - Krisenprävention weiter denken

Außenminister Steinmeier hat am 05.07. die Konferenz „PeaceLab2016“ eröffnet. Akteure auf dem Feld ziviler Krisenprävention haben auf der Veranstaltung darüber diskutiert, was deutsches Handeln in Krisen bisher auszeichnet, welche Erwartungen an das deutsche Engagement gerichtet werden und wo Deutschland in der Krisenprävention und -bewältigung „weiter denken“ sollte. Experten aus EU und Vereinten Nationen, Vertreter des Bundestages und der in- und ausländischen Zivilgesellschaft kamen dabei zu Wort. Sie analysierten das bisherige Engagement und formulierten ihre Erwartungen an den zukünftigen Einsatz für Krisenprävention, Stabilisierung und Konfliktnachsorge. Gleichzeitig war das Forum eine Gelegenheit für die vielen Akteure sich

untereinander zu vernetzen. DKKV Mitglieder wie das Technische Hilfswerk (THW) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), aber auch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der Zivile Friedensdienst (ZFD), das Zentrum für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), das Einsatzführungskommando der Bundeswehr sowie die Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) waren mit Informationsständen im Auswärtigen Amt vertreten und informierten die 400 geladenen Gäste über ihre Arbeit für den Frieden. Die Konferenz bildete den Auftakt für eine Debatte über das Handeln der Bundesregierung im Zyklus von Krisenprävention, Stabilisierung, Konfliktnachsorge und Friedensförderung.

Angelehnt an den Dialog mit Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit im Review-Prozess wird die Debatte in den kommenden Monaten bei weiteren Veranstaltungen, im Internet und den sozialen Medien fortgesetzt. Die Ergebnisse werden in neue Leitlinien der Bundesregierung einfließen.

Ein Blog, der die #PeaceLab2016 Debatte auch über die Konferenz hinaus durch regelmäßige Diskussionsbeiträge relevanter Akteure begleitet, wird Ende Juli starten unter: [www.peacelab2016.de](http://www.peacelab2016.de)

Mehr Informationen unter: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Aktuelles/160705\\_PeaceLab2016.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Aktuelles/160705_PeaceLab2016.html)

# Veranstaltungen

## Fördermöglichkeiten in Horizont 2020 für die Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften

15. September 2016 in Bonn, Deutschland

Das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung des Landes NRW und die Universität Bonn laden am Donnerstag, den 15. September 2016 in den Universitätsclub Bonn ein. Die Veröffentlichung der ersten Ausschreibungen im Rahmen von Horizont 2020, dem neuen europäischen Rahmenprogramm für Forschung und Innovation, hat im Jahr 2013 eine neue Ära der EU-Forschungsförderung eingeleitet. Horizont 2020 soll in der Laufzeit von 2014 - 2020 über ein Gesamtbudget von ca. 75 Mrd. Euro verfügen. Bereits in der ersten Ausschreibungsrunde haben deutsche Antragsteller mit großem Erfolg EU-Projekte eingeworben. Die Ausschreibungen der aktuellen Runde sind veröffentlicht.

Fördermöglichkeiten für die Sozial-, Wirtschafts- und Geisteswissenschaften finden sich in verschiedenen Förderlinien des Programms. Diese Informationsveranstaltung soll Hochschulen, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Unternehmen aus NRW auf die aktuelle Ausschreibungsrunde vorbereiten und über die verschiedenen Fördermöglichkeiten informieren.

Eine verbindliche Anmeldung für die kostenlose Veranstaltung muss bis zum 9. September 2016 per E-Mail an [u.menke@uni-bonn.de](mailto:u.menke@uni-bonn.de) oder per Online-Formular erfolgen: <http://www3.uni-bonn.de/forschung/euroconsult/veranstaltungskalender>

## Humanitarian Congress

14. - 15. Oktober 2016 in Berlin, Deutschland

Der diesjährige Humanitarian Congress zum Thema "Translating Innovative Research into Humanitarian Medicine and Global Health Practice" bringt zum 18. Mal Experten aus Medizin, humanitärer Hilfe, internationalen Organisationen, Politik und Medien zusammen, ebenso Nachwuchskräfte mit Interesse an humanitärer Arbeit aus aller Welt.

Das Programm 2016 befasst sich auch mit der Verflechtung von humanitärer Hilfe und Politik und deren Einfluss auf Menschen in größter Not. Der Kongress stellt die Frage, welche Herausforderungen sich aus der Politisierung der humanitären Hilfe ergeben und wie man diesen begegnen kann. Die Veranstaltung bietet den rund 800 Teilnehmer\*innen ein internationales und multidisziplinäres Setting, um Erfahrungen, Wissen und Ideen auszutauschen.

Eine Auswahl der Redner\*innen:

- Antoine Gerard, Chief, World Humanitarian Summit
- Jan Egeland, Secretary General, Norwegian Refugee Council
- Barbara Harrell-Bond, Emerita Professor and founding Director, Refugee Studies Centre, University of Oxford
- Michael Koch, Federal Foreign Office Germany
- Louis Lillywhite, Centre on Global Health Security, Chatham House
- Jemilah Mahmood, International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC)
- Marina Peter, Brot für die Welt

Informationen zu Abstracts und Registrierung finden Sie unter: <http://humanitarian-congress-berlin.org/2016>

## Habitat III und die "Empfehlungen von Berlin"

17. – 20. Oktober 2016 in Quito, Ecuador

Mit den "Empfehlungen von Berlin" ist im Juni das Deutsche Habitat Forum zu Ende gegangen. Thomas Silberhorn, Parlamentarischer Staatssekretär des BMZ, und Gunther Adler, Staatssekretär aus dem BMUB, übergaben die Empfehlungen an den Generalsekretär der Habitat III-Konferenz, Joan Clos. Die Empfehlungen verstehen sich als ein Beitrag zur neuen Stadtentwicklungsagenda, die die Vereinten Nationen im Oktober dieses Jahres auf dem dritten Weltsiedlungsgipfel in

Quito verabschieden wollen. Habitat III hat als United Nations Conference on Housing and Sustainable Urban Development zum Ziel, eine neue Agenda für die Stadt der Zukunft zu entwerfen. Es gibt einen ersten überarbeiteten Entwurf ("zero draft") der sogenannten New Urban Agenda, der als Rahmenwerk für die politische Umsetzung in Richtung nachhaltiger Stadtentwicklung auf nationaler und lokaler Ebene dienen soll. Den Entwurf finden Sie hier: <https://www.habitat3.org/zerodraft>

Fast 55 % der Weltbevölkerung leben heutzutage in Städten. Habitat III will einen entscheidenden Beitrag auf dem Weg zu resilienten und nachhaltigen Städten in den kommenden 20 Jahren leisten.

Die "Empfehlungen von Berlin" können Sie unter folgendem Link herunterladen: [www.bmz.de/berlinerempfehlungen](http://www.bmz.de/berlinerempfehlungen)

Mehr Informationen zu Habitat III finden Sie unter: <https://www.habitat3.org>

## Risikobasiertes Naturgefahren-Management

12.-13. September 2016, Bern, Schweiz

Risikobasiertes Naturgefahren-Management bedeutet, Maßnahmen zum Schutz vor Naturgefahren auf der Grundlage von quantifizierten Risiken zu treffen. Ökonomische Daten bilden eine wichtige Grundlage zur Erfassung und Bewertung von exponierten Objekten und deren Vulnerabilität. Im Umgang mit ökonomischen Daten stoßen Forschung und Praxis in folgenden drei Themenfeldern an Grenzen: 1. Exposition, 2. Verletzlichkeit/Vulnerabilität/Schadenempfindlichkeit und 3. Koppelung von Schadensdaten und Investitionen in die Prävention. Ziel des Workshops ist es, die aus den verschiedenen Perspektiven aufgezeigten Grenzen der ökonomischen Daten genauer auszuloten sowie mögliche Lösungsansätze aufzuzeigen und notwendige Schritte für eine zukünftige Weiterentwicklung im Naturgefahren-Management zu definieren (z.B. um eine ökonomische Wirkung von Präventionsmaßnahmen nachzuweisen).

Die Anmeldung (spätestens 31.08.2016) und weitere Informationen finden Sie unter:

[http://www.mobiliar-lab.unibe.ch/ueber\\_uns/veranstaltungen/risikobasiertes\\_naturgefahren\\_management/in-dex\\_ger.html](http://www.mobiliar-lab.unibe.ch/ueber_uns/veranstaltungen/risikobasiertes_naturgefahren_management/in-dex_ger.html)

## DKKV Intern

### Strategieentwicklung und Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung des DKKV e.V. am 28.06.2016 war ein strategisch wichtiger Impuls für die Zukunft des Vereins. In den letzten sechs Monaten hat der neue Vorstand, unterstützt durch weitere Mitglieder, ein Strategiepapier erarbeitet. Dieses wurde den Mitgliedern auf der Mitgliederversammlung vorgestellt und mit ihnen diskutiert.

Unter Konsultation der Mitglieder wird die Strategie bis zum Herbst nun weiter ausgearbeitet, um einen konkreten Aktionsplan zu entwickeln. Es wird daher eine weitere Mitgliederversammlung Ende des Jahres einberufen, auf der die Strategie2020 und notwendige Satzungsänderungen nochmals diskutiert und verabschiedet werden sollen.

Wir laden alle Mitglieder herzlich ein, ihre Ideen und Prioritäten für die Zukunft unseres Netzwerkes aktiv einzubringen.

Für weitere Informationen wenden Sie sich gern jederzeit an [info@dkkv.org](mailto:info@dkkv.org)

Deutsches Komitee  
Katastrophenvorsorge e.V.  
c/o UN Campus  
Platz der Vereinten Nationen 1  
53113 Bonn

Tel.: 0228 - 815 0239  
E-mail: [info@dkkv.org](mailto:info@dkkv.org)  
Internet: [www.dkkv.org](http://www.dkkv.org)

Editing und Layout: Sina Marx

Das DKKV

...ist

die nationale Plattform für  
Katastrophenvorsorge in Deutschland  
Mittler zu internationalen, auf dem  
Gebiet der Katastrophenvorsorge tätigen  
Organisationen und Initiativen.  
ein Kompetenzzentrum für alle Fragen  
der nationalen und internationalen  
Katastrophenvorsorge.

...unterstützt

fachübergreifende Forschungsansätze  
zur Katastrophenvorsorge in anderen  
Fachsektoren sowie in Politik und  
Wirtschaft.

die Verbreitung der Erkenntnisse der  
Katastrophenvorsorge auf allen Ebenen  
des Bildungsbereichs.

...fordert

die Umsetzung der vorhandenen  
Erkenntnisse zur Katastrophenvorsorge  
in Politik, Wirtschaft und Verwaltung.  
die Weiterentwicklung einer fach- und  
länderübergreifenden Kooperation in der  
operativen Katastrophenvorsorge.  
die Entwicklung medialer Strategien  
zur Förderung und Stärkung des  
Vorsorgebewusstseins in der Gesellschaft.